

WOLFRAM ADOLPHI

## Ohne UN-Charta?

Anmerkungen zu Marcus Hawels  
»Befindlichkeit im Blick«

Marcus Hawel hat mit seinem Artikel »Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von ›außen‹ zu erklären«<sup>1</sup> eine mutige und anregende Anstrengung unternommen, einen Weg zu bahnen zum Verständnis des Nahost-Konfliktes, der nicht nur »in sich selbst« zu den langwierigsten und kompliziertesten der jüngsten Geschichte und Gegenwart gehört, sondern auch – und zwar in ungemein hohem Maße – durch von »außen« kommende oder dort wirkende Instrumentalisierungen widersprüchlichster Art aufgeladen ist.

Mein Interesse an Hawels Darstellung wuchs mit jeder Zeile, und zwar aus mehreren Gründen.

*Erstens* wegen der konsequenten Konzentration auf den »Befindlichkeits«-Diskurs. »Das im Kollektivgedächtnis registrierte Geschehen« – so zitiert Hawel aus den für seinen Aufsatz auch an anderer Stelle maßgebenden Auffassungen des Soziologen, Historikers und Philosophen Moshe Zuckermann – werde »nicht in seiner vollen Komplexität bewahrt«, sondern verwandele sich »in komfortabel zugängliche Motive der Bewußtseinsmatrix bzw. in *Kodes*«. Und um solche *Kodes* – fährt Hawel in eigener Diktion fort – handele es sich offensichtlich bei den »vereinseitigten Solidarisierungsaufforderungen (für Israel und gegen Palästina/gegen Israel und für Palästina)«. Womit klar sei, daß »mit Kodes (...), mit projizierten und petrifizierten, das heißt verdinglichten Befindlichkeiten« zur Lösung des Nahost-Konfliktes »nichts Konstruktives« beigetragen werden könne. Dazu müsse man »sich schon auf die Realität im Nahen Osten einlassen«, aber das wiederum setze »die Reflexion dessen voraus, durch welche Befindlichkeiten im Blick unter Umständen von Beginn an die eigene Wahrnehmung beeinflusst ist.«<sup>2</sup> Das ist ein wichtiger und interessanter Denkansatz. Mit ihm ist in treffender Weise eine der Klippen markiert, die der von »außen« Urteilende, im »Außen« Position Beziehende umschiffen muß, wenn er nicht Öl ins Feuer gießen, sondern Konfliktlösung befördern will.

*Zweitens* wuchs mein Interesse durch das Gefühl, dank der Streitbarkeit des Autors in einen »jungen« Diskurs hineingezogen zu werden – und das nicht nur, weil der Text einem Vortrag folgt, den Hawel auf einer *Jugend*konferenz gehalten hat (der Bundesjugendkonferenz der Linkspartei). »Junger« Diskurs als Diskurs der nächsten Generation – ich gehöre zu der der Mittfünfziger, Hawel zu der der Mittdreißiger – macht sich fest zum einen an generationstypischen Inhalten, wie er im vorliegenden Falle etwa durch die Debatte mit den »Antideutschen« geprägt ist, zum anderen aber auch daran,

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort, Heft 193 (November 2006). Im Zusammenhang mit dem hier diskutierten Thema sei auch verwiesen auf den Aufsatz: Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung. Zwei neue Bücher mit »linkem« Antiamerikanismusvorwurf, Heft 165/166 (Juli/August 2004).

1 Siehe im vorliegenden Heft von »UTOPIE kreativ« die Seiten Marcus Hawel: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären, in: UTOPIE kreativ, Heft 199 (Mai 2007).

2 Ebenda, S. 432.

3 Da ich kein Nahost-Spezialist bin, sondern allgemein von der Geschichte und Theorie der internationalen Beziehungen herkomme, habe auch ich keine spezielle Literaturliste parat. Verweisen möchte ich aber insbesondere auf zwei Arbeiten, und zwar von den aus der DDR stammenden Israel-Spezialisten Angelika Timm und Johannes Glasneck. Sie sind insofern heraushebenswert, als sich in ihnen auf ganz besondere Weise das Verhältnis sowohl der alten BRD als auch der DDR als auch des vereinten Deutschland zu Israel spiegelt. Zudem vermitteln sie eine große Fülle weiterer Literaturhinweise. Es sind dies also: Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, 2. Aufl., Bonn 1994, 380 S.; und: Angelika Timm: Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft, in: Heike Catrin Bala, Christian Scholz (Hrsg.): »Deutsch-jüdisches Verhältnis«? Fragen, Betrachtungen, Analysen, Essen 1997, 160 S. – In diesem Sammelband siehe im Zusammenhang mit Marcus Hawels Aufsatz u. a. auch: Detlev Claussen: Veränderte Vergangenheit. Über das Verschwinden von Auschwitz; und: Frank Stern: Philosemitismus in Deutschland. Die kulturelle Ambivalenz der Bilder von Juden.

4 Vgl. Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 152.

5 Vgl. Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f.

6 Zur Vielschichtigkeit der

daß Zusammenhänge, die aus der Sicht der Älteren längst bedacht, erörtert und angeeignet scheinen, *natürlich* immer wieder aufs Neue bedacht und erörtert und angeeignet werden müssen. Darum ist es aus der Sicht des Älteren auf den ersten Blick zwar befremdend, auf den zweiten aber auch wieder ganz normal, daß die Literatur- und Quellenbasis recht schmal gehalten ist.<sup>3</sup> Der Reiz der Lektüre erwächst dann daraus, zu entdecken, wo sich alte und neue Erkenntnis dennoch treffen – oder eben nicht. Beides vermag neue Produktivität zu erzeugen.

So wuchs *drittens* mein Interesse durch die Tatsache, daß Marcus Hawel in seinen Betrachtungen ganz ohne einen Verweis auf die UN-Charta auskommt. Es fehlt damit etwas, das, so glaube ich, für viele Angehörige meiner (DDR-)Generation ein Essential jeder Nahost-Betrachtung war und ist.

Dieser Satz, einmal aufgeschrieben, birgt in sich jede Menge Widersprüchliches. Denn natürlich steht die Heranziehung der UN-Charta nicht automatisch für eine höhere, bessere Qualität der Israel-Betrachtung oder gar der Israel-Politik. Die DDR selbst ist dafür ein mahndendes Beispiel. Sie hat – zum Beispiel – die berühmte UN-Resolution 242 vom 22. November 1967, mit der Israel nach dem »Sechs-Tage-Krieg« vom Juni 1967 aufgefordert wurde, seine Truppen aus den während des Krieges besetzten Gebieten zurückzuziehen, den Kriegszustand zu beenden, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten des Nahen Ostens zu respektieren und anzuerkennen und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen,<sup>4</sup> immer und vehement unterstützt, aber zugleich nie einen Weg gefunden, aus dem Zustand des »gestörten Verhältnisses« und der »Nichtbeziehungen«<sup>5</sup> mit Israel herauszufinden. Der Bezug auf die UN-Positionen wurde in diesem Falle also direkt zu einem Instrument der »vereinseitigten Solidarisierung« (Hawel) mit den Palästinensern und somit zum Hindernis für einen konstruktiven Konfliktlösungsansatz insgesamt.<sup>6</sup>

Aber die Vereinseitigungen in der Position eines Staates ändern nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit, sich auf die UN-Charta zu beziehen und sie immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Es bleibt als ein Fakt: Die Resolution 242 vom 22. November 1967 ist auch heute, 40 Jahre später, noch nicht erfüllt, und die Kriege, die den Nahen Osten immer wieder erschüttern, haben mit dieser Nichterfüllung zu tun. Einer, der darauf immer wieder und mit nicht erlahmender Intensität hinweist, ist der israelische Friedensaktivist und Publizist Uri Avnery. Im Sommer 2006 schrieb er zu den Hintergründen des damals tobenden Libanon-Krieges: »Dieser Krieg hat keinen Namen. Sogar nach 33 Kampftagen hat sich noch kein nahe liegender Name finden lassen. Die Medien nennen ihn bisher schlicht II. Libanon-Krieg. Auf diese Weise wird der Krieg im Libanon abgetrennt von dem, der parallel dazu im Gazastreifen geführt und nach dem Waffenstillstand im Norden unablässig weitergetrieben wird. Haben diese Kriege einen gemeinsamen Nenner? Sind sie vielleicht sogar ein und derselbe Krieg? Die Antwort ist mit Sicherheit Ja. Der eigentliche Name dieses Krieges ist: der Krieg für die Aufrechterhaltung der Siedlungen. Der Krieg gegen das palästinensische Volk wird betrieben, um die Siedlungsblöcke halten und weite

Teile der Westbank annektieren zu können.«<sup>7</sup> Das ist die Fortsetzung der Annexion der Westbank, die schon 1967 von der UNO verurteilt wurde.

Aber zurück zum Aufsatz von Marcus Hawel. Dort ist der Blick ausdrücklich auf »Befindlichkeit« gerichtet – kann der Blick auf die UN-Charta und die auf ihr gefundenen Beschlüsse unter dieser Voraussetzung also vielleicht doch vernachlässigt werden? Es *könnte* so sein, wenn es sich bei der UN-Charta nur um ein Dokument unter vielen handelte. Aber das ist diese Charta ja eben nicht: ein Dokument unter vielen. Sie ist vielmehr die wichtigste, umfassendste Vereinbarung, die Staaten je zur Friedenssicherung und zur Verhinderung von Gewalt in den internationalen Beziehungen miteinander getroffen haben. Und außerordentlich bedeutsam ist nicht nur der Text, wie er am 26. Juni 1945 beschlossen wurde, sondern außerordentlich bedeutsam ist auch – und hier ergibt sich ein direkter Anschluß zu den »Befindlichkeiten« – seine Entstehungsgeschichte.

Diese Entstehungsgeschichte ist geprägt von den Vorgängen im Zweiten Weltkrieg, die alles bis dahin in Kriegen Erlebte weit in den Schatten stellten. Schon in den »Vor-Kriegen« Italiens in Abessinien sowie Deutschlands und Italiens in Spanien schien die neue Grausamkeit auf, die die Vernichtung der Zivilbevölkerung systematisch einschloß. Japan exekutierte genau diese Art der Kriegführung in China schon in Shanghai 1932, dann vom Sommer 1937 an auf breiter Front mit millionenfachem Morden. Exemplarisch dafür steht das Nanking-Massaker vom Dezember 1937 mit 250 000 Toten. Es folgten die Vernichtungsfeldzüge der Deutschen in Europa.

Es war die Erfahrung all dessen, die auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR (19. bis 30. 10. 1943) zu einer »von Präsident Roosevelt, Premierminister Churchill und Premier Stalin« unterzeichneten »Erklärung über Grausamkeiten« führte, in der es hieß: »Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben von vielen Seiten Beweismaterial über Grausamkeiten, Massaker und kaltblütige Massenexekutionen erhalten, die von den Hitlerstreitkräften in vielen der Länder begangen worden sind (...). Die Brutalitäten der Naziherrschaft sind nichts Neues, und alle Völker oder Länder in ihrer Gewalt haben unter der schlimmsten Form der Terrorregierung gelitten. Neu ist aber, daß viele dieser Länder jetzt von den vorrückenden Heeren der befreienden Mächte wiedergewonnen werden und daß in ihrer Verzweiflung die zurückweichenden Hitleriten und Hunnen ihre unarmherzigen Grausamkeiten verdoppeln. Das wird jetzt mit besonderer Deutlichkeit durch ungeheure Verbrechen auf dem Gebiete der Sowjetunion, das von den Hitleriten befreit wird, und auf französischem und italienischem Gebiete bewiesen.«<sup>8</sup>

Schon zwei Jahre zuvor, in ihrer »Atlantik-Charta« vom 14. August 1941, hatten die USA und Großbritannien einige jener Grundprinzipien formuliert, die später die UN-Charta tragen sollten: »das Recht aller Völker, selbst die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen«; die Hoffnung, »daß nach der endgültigen Zerschlagung der Nazityrannei ein Frieden geschlossen wird, der allen Ländern die Möglichkeit gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer Grenzen zu leben«; den Glauben, »daß alle Staaten der Welt aus realistischen

Gründe für das »gestörte Verhältnis« und die »einseitige Solidarisierung« siehe den Aufsatz von Angelika Timm »Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft« in Gänze. Einleitend verweist die Autorin dort auf die »einzigartige Möglichkeit«, die sich für die Erforschung der Israel-Politik der DDR aus den »umfangreichen Nachlässen von DDR-Institutionen, Ministerien und Parteien« ergibt, postuliert aber zugleich, daß »nicht alle Antworten (...) den papierernen Aktenbergen zu entnehmen (sind); einzelne Fragmente lassen wohl das Gesamtbild erahnen, erst durch ihr Zusammenfügen und die Einbeziehung weiterer – ursächlich nicht mit Israel und jüdischer Problematik zusammenhängender – Faktoren wird ein gültiges Abbild der Wirklichkeit entstehen. Dabei wird durchschaubar zu machen sein, wo die Ursachen für einseitige proarabische und antiisraelische Politik des ostdeutschen Staates lagen, wie und warum politische Entscheidungen getroffen wurden, und wieso in der DDR und bei ihren Bürgern Fehlsichten, Irrtümer und Zerrbilder zustande kamen, die durch innergesellschaftliche – auch oppositionelle – Kräfte kaum Korrekturen erfahren. Pauschalisierende Be- oder Verurteilungen sind wenig hilfreich. Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Israel bedarf vielmehr konkreter Untersuchungen und einer differenzierten Wertung. Vielleicht kann aufgearbeitete Erfahrung hilfreich sein, ähnlichen politischen oder geistigen Verirrungen in der Zukunft zu begegnen.« Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f. 7 Uri Avnery: Das

155. Opfer, in: Das Blättchen, Berlin, Nr. 18/2006 v. 4. Sept. 2006.

8 Zitiert nach: Handbuch der Verträge 1871-1964, hrsgg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin (DDR) 1968, S. 329.

9 Zitiert nach: Ebenda, S. 319.

10 Zitiert nach: Ebenda, S. 359 f.

11 Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 35.

12 Nur ein paar wenige Zitate zur Erinnerung: Über die Grundzüge des »Generalplanes Ost« referierte der »Reichsführer SS« Heinrich Himmler am 16. September 1942 vor SS- und Polizeiführern in der Feldkommandostelle Hegewald unter anderem mit den Worten: »Die Gesamtlinie ist absolut die: Wir haben diesem Volk

wie aus ideellen Gründen dazu gelangen müssen, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten«, und daß Staaten »entwaffnet« werden müssen, »die mit Angriffen jenseits ihrer Grenzen drohen oder drohen können«.<sup>9</sup>

Über die Konferenzen von Kairo (22. bis 26. 11. 1943), Teheran (28. 11. bis 1. 12. 1943) und Jalta (4. bis 11. 2. 1945) wurde die UN-Charta schließlich zu jenem Dokument entwickelt, das am 26. Juni 1945 unterzeichnet wurde und zum obersten Ziel aller Mitglieder der UNO erklärt, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und zu beseitigen und Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken sowie durch friedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes die Schlichtung oder Regelung internationaler Streitigkeiten oder von Situationen, die zu einem Bruch des Friedens führen könnten, herbeizuführen.« Und sie legt fest: »Alle Mitglieder der Organisation enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.«<sup>10</sup>

Was hat das alles mit dem Nahost-Konflikt und mit Israel zu tun? Dieser Konflikt in seinen vielfältigen Dimensionen und Verästelungen ist doch – wie das Beispiel der Politik der DDR geradezu exemplarisch zeigt – ein Musterbeispiel dafür, daß eine friedliche Lösung nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß man die UN-Charta hochhält und sonst gar nichts. Aber er ist zugleich ein Musterbeispiel auch für die Untauglichkeit der gegenteiligen Auffassung: Auch ohne die UN-Charta geht nichts in Richtung Friedenssicherung, und es bringt auch keine Lösung, wenn man die UN-Charta durch »besondere Verantwortung«, »besondere Verhältnisse« oder »besondere Beziehungen« ersetzt oder das eine gegen das andere ausspielt.

Das gerade ist ja das Besondere an der UN-Charta: daß sie aus einer *universellen* Erfahrung mit Tyrannei und Grausamkeit heraus *universelle* Prinzipien aufgerichtet hat.

Nun ist, kommen wir auf das Verhältnis Deutschlands zu Israel zurück, völlig unbestritten, daß dieses Verhältnis ein besonderes, ein einzigartiges ist. »Diese Spezifik«, schreibt Angelika Timm, »hat ihre Ursachen in deutscher Politik, in dem von Deutschen (Hervorhebungen i. O.) verantworteten und industriemäßig durchgeführten Massenmord am europäischen Judentum.« Nach Auschwitz »liegt die Shoah als Schatten über der offiziellen Politik.«<sup>11</sup> Und die »Nichtbeziehungen« der DDR zu Israel haben eine Menge damit zu tun, daß die DDR es nicht vermocht hat – aus welchen inneren und internationalen Gründen auch immer –, die – zweifellos unerhört komplizierte – Verbindung herzustellen zwischen der UN-Charta auf der einen und dem besonderen Verhältnis Deutschlands zu Israel auf der anderen Seite.

Diese komplizierte Verbindung indes ist auch heute noch nicht so geknüpft, daß daraus die Kraft erwüchse, Entscheidendes zur Lösung des Nahost-Konfliktes beizutragen.

Es muß daher, glaube ich, die Frage erlaubt sein, ob mit der Benennung und historisch unzweifelhaften Herleitung eines besonde-

ren Verhältnisses schon das Nötige getan ist. Und hier – noch einmal – will ich auf den Erfahrungshintergrund zurückkommen, der zur Entstehung der *universell* gültigen UN-Charta geführt hat. Es wurde das Recht zur Androhung oder Anwendung von Gewalt durch einen einzelnen Staat oder eine Staatengruppe *universell* ausgeschlossen und *nicht* danach gefragt, ob *besondere* historische Erfahrungen einen Ausnahmegrund bilden.

Wäre das *nicht* so gehandhabt worden, hätte seit 1945 zweifellos eine Fülle von anderen Sondertatbeständen geltend gemacht werden können. Es sei hier von diesen, die – wie weiter oben bereits angedeutet – auch das chinesisch-japanische oder das koreanisch-japanische Verhältnis betreffen könnten, nur einer herausgehoben: der Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die slawischen Völker. Die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und schließlich die Sowjetunion mußten auf ganz besondere Weise erfahren, was das bedeutet: Vernichtungskrieg. Und nicht nur der millionenfache Mord an der Zivilbevölkerung und die Auslöschung der Intelligenz waren Programm, sondern auch die dauerhafte, auf Generationen hin angelegte Unterjochung der Überlebenden.<sup>12</sup>

Aber all dies schuf – zum Glück für die Nachkriegsentwicklung – *keine* Sonderrechte für die Sowjetunion oder andere vom Vernichtungskrieg betroffene Staaten.

Nun mag man einwenden, daß die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu den von ihr befreiten Staaten durchaus ein *Sonderregime* errichtete. Dies aber hat nichts mit der UN-Charta selbst zu tun, sondern mit dem Umgang mit ihr, und die Kritik an diesem Umgang darf selbstverständlich bei der Sowjetunion nicht stehen bleiben, sondern muß die USA und das westliche Bündnis ebenso einschließen. Mit dem Kalten Krieg zwischen den Blöcken wurde die UN-Charta unentwegt in Frage gestellt – und diente doch zugleich immer wieder auch als ein Instrument der gegenseitigen Zügelung und des Interessenausgleichs. Auch der Zusammenbruch des Realsozialismus im Jahre 1989 hatte für die UN-Charta eine doppelte, widersprüchliche Wirkung: Zum einen gewann sie an Geltungskraft, denn die bis dahin zum sowjetischen Dominium gehörenden Staaten erlangten ihre volle Souveränität, ehemalige Sowjetrepubliken wurden selbständig, und auch in Jugoslawien und der Tschechoslowakei bildeten sich aus föderalen Republiken neue selbständige Staaten – und zum anderen degenerierte sie immer mehr zum Instrument der Politik der »einzig verbliebenen Weltmacht«, der USA.

In diesem Spannungsfeld befindet sich die UN-Charta heute noch, und der Nahe Osten ist zu einem der entscheidenden Brennpunkte dafür geworden, ob sie überhaupt noch eine Chance hat in einer Welt, in der die USA mit dem »Krieg gegen den Terror« etwas in Gang gesetzt haben, mit dem die UN-Charta unentwegt verletzt und in Frage gestellt wird.

Der Staat Israel ist wie kaum ein anderer Staat dieser Welt ein Kind der UNO. Die UN-Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 schuf die völkerrechtlichen Grundlagen für die Gründung und internationale Anerkennung des Staates. Und sie schuf auch – was immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden muß – die Grundlagen für die Schaffung eines unabhängigen Staates der Palästinenser.<sup>13</sup>

keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. Es genügt, 1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Autos laufen, 2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie so weit zählen können und 3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig.« Alfred Rosenberg, »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«, formulierte im September 1941 Richtlinien für die »Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten«, in denen es hieß: »Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, die sich mit der Verwaltung eines durch eine fremde Kriegsmacht besetzten Landes befassen, gelten nicht, da die UdSSR als aufgelöst zu betrachten ist.« Und: »Mit der durch die Niederrückung der UdSSR erfolgten Auflösung dieses Staates gibt es in den Ostgebieten kein staatliches Gebilde und daher streng genommen auch keine Staatsangehörigkeit mehr für die Landesbewohner.« – Zitiert nach: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsgg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin (DDR) 1975, S. 339 u. 313.

13 Zur Hintertreibung der Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates insbesondere durch Großbritannien und zur vom Arabischen Hochkomitee in Palästina mit der Ablehnung dieser Resolution vergeb-

nen »historischen Chance, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verwirklichen«, siehe: Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 55 f.

14 Uri Avnery: Lasst die Nazis, wo sie hingehören, in: Freitag, Berlin, Nr. 11/2007 v. 16. März 2007.

Die Grundlagen für ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander des Staates Israel mit einem souveränen palästinensischen Staat bietet die UN-Charta auch heute – wenn sie denn wieder in ihre *universelle* Gültigkeit eingesetzt wird. Uri Avnery schrieb Mitte März: »War es nicht das Motiv der zionistischen Bewegung, die einst Israel gründete, die religiös-ethnische Diaspora in eine moderne Nation zu verwandeln? Wollen wir Israelis kein normales Volk sein, mit allen Rechten und Pflichten eines normalen Volkes? Das bedeutet auch: Man soll uns mit den gleichen moralischen Maßstäben messen wie andere Völker.«<sup>14</sup>

Dies zu tun und sich *zugleich* des besonderen Verhältnisses zu Israel bewußt zu sein – das ist die Aufgabe der Deutschen. Die UN-Charta ist – wenn sie denn in ihrem ganzen Reichtum wahr- und aufgenommen wird – wie ein kostbares Geschenk, ohne das die Lösung dieser Aufgabe nicht gelingen kann.